



Fotos: Bosch/Simon

Im Bosch-Werk Homburg werden elektrische Luftverdichter mit integrierter Leistungselektronik gefertigt. Sie regeln in Brennstoffzellensystemen für schwere Nutzfahrzeuge die Sauerstoffzufuhr. Durch die Produktion dieser zukunftssträchtigen Bauteile will das Unternehmen Arbeitsplätze am Standort sichern.

„Einbringen in strategische Fragen“

INTERVIEW Betriebsrat **Oliver Simon** skizziert die Wasserstoffstrategie von Bosch

Die Serie zum Thema Wasserstoff wird fortgesetzt mit einem Interview. Carina Weibel, Leiterin der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der AK Saar, hat Oliver Simon, den Vorsitzenden des Betriebsrates bei Bosch in Homburg, nach seinen Erfahrungen beim Einstieg in die Wasserstofftechnologie gefragt. Die Antworten zeigen, welche Bedeutung Beschäftigtenvertretungen bei der Gestaltung der Transformation im Saarland zukommt.

Oliver Simon, wie sehen Sie das Potenzial von Wasserstofftechnologien für Beschäftigungssicherung im Saarland?

Simon: Ich glaube schon, dass Wasserstofftechnologien dazu beitragen können, Beschäftigung im Saarland zu sichern. Aus diesem Grund sind wir als IG-Metall-Betriebsräte auch bei Bosch dafür eingetreten. Eine unserer ersten Forderungen für eine Perspektive in der Transformation in unserem Werk in Homburg war, dass wir Wasserstoff, speziell die Brennstoffzellentechnologie, am Standort Homburg ansiedeln. Dabei ist klar, dass Wasserstoff ganzheitlicher betrachtet und nicht auf den Mobilitätsbereich beschränkt bleiben sollte. Ein zentraler Baustein im Saarland ist sicher die Stahlindustrie, die wegen ihres hohen Energiebedarfs auf Wasserstoff angewiesen ist. Aber auch andere Branchen spielen eine wichtige Rolle, um Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird dabei immer wichtiger.

Was machen Sie bei Bosch als

Betriebsrat konkret, um den Bereich am Standort Homburg weiter voranzubringen?

Unter dem Motto „Bosch bleibt“ haben wir in Homburg ein Standort- und Zukunftskonzept ausgehandelt. Dort haben wir bereits die Produktion verschiedener Teile im Zusammenhang mit der Brennstoffzelle in Homburg vereinbart. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus. Wir schauen uns nun den ganzen Strang der Wasserstofftechnologie an und wollen uns nicht nur auf die Mobilität beschränken. Ich sehe großes Potenzial für stationäre Brennstoffzellen. Als Utopie könnte man vielleicht sagen: „Homburg wird das Wasserstoff-Kompetenzzentrum!“ Als Betriebsrat arbeiten wir jetzt schon gemeinsam mit dem INFO-Institut an weiteren Ideen für Produkte, die wir dann gegenüber dem Arbeitgeber darstellen. Dabei prüfen wir immer, woran wir schon anknüpfen können, welche Qualifikationen die Beschäftigten mitbringen und wo weiterqualifiziert werden muss. Wir befassen uns außerdem mit der Frage, welche Fördermittel gegebenenfalls in Frage kämen, denn ohne Fördermittel wäre vieles nicht möglich. So erarbeiten wir eigene Konzepte, mit denen wir uns in strategische Prozesse einbringen.

Was brauchen Betriebsräte, um sich auf diese Art einbringen zu können?

Betriebsräte müssen im Wesentlichen zwei Dinge beherrschen: Sie müssen den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital kennen, verstehen und auch führen. Gleichzeitig

müssen wir auch das Know-how darüber haben, wie wirtschaftliche Fragen zusammenhängen. Wir müssen den Überblick behalten über Produkte und Technologien, sodass wir tatsächlich die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten können. Als IG-Metall-Betriebsräte sind wir durch die gewerkschaftliche Unterstützung sehr gut aufgestellt. Darüber hinaus greifen wir in manchen Fragen auf externen Sachverständigen (INFO-Institut, Arbeitskammer) zurück. In den letzten Jahren haben wir gelernt, dass es sehr wichtig ist, Betriebsräte in Richtung Projektmanagement zu qualifizieren. Das ist nötig, um auf Augenhöhe im Unternehmen mitreden zu können. Als Gestaltungsinstrument bieten sich Standort- und Zukunftsvereinbarungen an. In unserer Vereinbarung bis 2025 haben wir zum einen erweiterte Mitspracherechte vereinbart, zum anderen waren wir in der Lage, Produkte am Standort zu halten und an den Standort zu bringen. Dadurch wirken wir Verlagerungen von Arbeitsplätzen entgegen, weil Verpflichtungen für unseren Standort bestehen, die dazu geführt haben, dass wir hier sogar Personal einstellen konnten. Im Vergleich zu dem, was die Mitbestimmung sonst lediglich zulässt, ist das ein großer Erfolg. Was wir aber dringend bräuchten, wäre ein gesetzlich verankertes Recht auf wirtschaftliche Mitbestimmung, was das Betriebsverfassungsgesetz bisher nicht hergibt. Dann wären Arbeitgeber gezwungen, sich mit uns auseinanderzusetzen und unsere Positionen anzuhören und aufzunehmen.



Viele weitere Informationen zur „Wasserstoffregion Saarland“ sind im Internet unter www.arbeitskammer.de/themenportale/wasserstoffregion-saarland/ abzurufen.



Oliver Simon ist Vorsitzender des Betriebsrats im Werk Homburg 1 der Robert Bosch GmbH und sitzt zudem im Aufsichtsrat des Unternehmens.